

**Austausch mit MdL Stefan Möller (AfD) im Rahmen der Veranstaltungsreihe
„Mit Bibel und Grundgesetz. Der Beauftragte trifft ...“
am Dienstag, d. 30. April 2024 um 19.00 Uhr in Gera, im Gemeindehaus der
Evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde Gera, in der Talstraße 30**

MdL Stefan Möller:

Herzlichen Dank für die Einladung, Herr Superintendent Mattenklodt, Herr Dr. Demut! Schön, dass Sie sich dafür interessieren, was ich zu Ihren spannenden und interessanten Fragen zu sagen habe. Gern steige ich ein ohne große Vorrede. Die erste Frage bezieht sich auf das christliche Menschenbild und Gesellschaftsbild und wo es da Reibungspunkte oder Gemeinsamkeiten gibt aus unserer Sicht.

Ich würde sagen, dass jemand, der hier in dem Land geboren ist, grundsätzlich vom christlichen Menschenbild beeinflusst wurde. Ich würde auch für meine Partei in Anspruch nehmen, dass wir das christliche Menschenbild vertreten. Das bedeutet: Ein Mensch muss seine Würde nicht erarbeiten - er hat sie von Anfang an. Und zwar gilt das gleichermaßen für alle Menschen. Es gibt keine Unterschiede bei dieser Menschenwürde beispielsweise zwischen Mann und Frau und auch wo die Ethnien herkommen und wie sie sich unterscheiden mögen: Was die Menschenwürde angeht, sind sie gleich. Weiterhin: Jeder Mensch ist für sein eigenes Leben verantwortlich - das gilt auch. Das bedeutet einen gewissen Individualismus, der sich auch aus der Menschenwürde herleitet. Daneben haben wir auf der anderen Seite den Drang zur Gemeinschaft: Jeder Mensch ist Teil einer Gemeinschaft, ist auf Mitmenschen angewiesen und interagiert mit ihnen.

Was gibt es jetzt dazu noch konkret in Bezug auf die AfD zu sagen? Uns wird ja oft der Vorwurf gemacht, dass wir ein bisschen kollektivistisch unterwegs wären, angeblich wie die Nazis halt. Natürlich gibt es die Betonung der Gemeinschaft bei uns - ganz klar. Wir haben einen Schwerpunkt bei der Sozialpolitik, der spielt für uns eine große Rolle. Das hängt zusammen mit dem für uns sehr wichtigen Gesellschaftsprinzip der Solidarität – das meines Wissens auch zum christlichen Weltbild zählt. Wir betonen das Gemeinsame. Zugleich denke ich: Beim Gemeinsamen gibt es tatsächlich Unterschiede zum Verständnis der Kirchen. Bei uns spielen da vor allem Dinge eine Rolle, die nicht erklärt werden können und müssen. Beispiel: menschliche Nähe. Warum ist man jemandem nah? Warum hat man für bestimmte Menschen mehr Empathie als für andere? Das klingt nicht schön

– ist aber leider so. Wo kann ich mich aufhalten, ohne das Gefühl zu haben, in einer Art Minenfeld zu laufen, wo ich aufpassen muss, dass ich mit meinem Verhalten nicht irgendwo anecke. Das ist die Gemeinschaft, in der ich zu Hause bin, in die ich hineingeboren worden bin, mit der ich mich auskenne. Wo kann ich Witze erzählen, ohne dass ich sie erklären muss und ohne dass ich Gefahr laufe, dass ich missverstanden werde und Gefühle verletze?

Das sind so die Sachen, worüber ich Gemeinsamkeiten definieren würde. Ich weiß, dass das heute oft anders gemacht wird. Häufig wird gesprochen über gemeinsame Werte – da würde ich die Frage stellen in unserer gespaltenen Gesellschaft: Was haben wir denn für gemeinsame Werte? Da kommen wir schnell ins Schleudern, wenn wir mal ins Detail gehen. Soweit mal zum Thema „Gemeinschaft“. Wie wir das sehen, hat das m.E. nichts mit dem Kollektivismus der Nazis zu tun.

Auf der anderen Seite legen wir großen Wert darauf, dass das Individuum sich entfalten kann. Woran merkt man das besonders stark bei der AfD? In den letzten drei Jahren, als die Coronakrise die Gesellschaft fest im Griff hatte, also zwischen 2020 und 2023, waren wir die Partei, die sehr stark auf die Individualrechte Wert gelegt hat, auf den Bestand der Grundrechte, auf Versammlungsfreiheit, auf eigenverantwortliche Entscheidungen, bspw. ob ich mich impfen lasse, dass ich mich weiterhin mit der Familie ohne Einschränkungen treffen kann. Alles grundrechtsrelevante Fragen – bis hin zur Frage, ob ein Mensch alleine im Hospiz sterben muss aus Infektionsschutzgründen. Das sind alles Fragen, bei denen die AfD einen sehr individualistischen Standpunkt eingenommen hat.

Was haben wir noch für Prinzipien, wo ich sagen würde, da haben wir eine Deckungsgleichheit?

Nun, da denke ich an die grundsätzliche säkulare Ordnung in unserem Land. Ich weiß, das war nicht immer so. Das ist ein jahrtausendelanger Prozess gewesen – doch jetzt sind wir an dem Punkt angekommen: Auch Ihre Religionsgemeinschaft erkennt die säkulare, weltanschaulich neutrale Ordnung unseres Staates an. Die Trennung von Politik und Religion ist ein wichtiger Punkt für die Programmatik unserer Partei.

Dann das Leitbild der klassischen Familie, bestehend aus Vater, Mutter, Kind. Die Existenz von zwei Geschlechtern. Hier würde ich sagen, haben wir auch viel Deckungsgleichheit, jedenfalls mit den Schriften des Christentums. Offen gesagt, weiß ich nicht so genau, wie das aktuell bei Ihnen gesehen wird. Ich denke aber,

dass das Punkte sind, wo wir durchaus Gemeinsamkeiten haben. Dann sind wir pro-natalistisch. Ich sag das geradeheraus. Wir sagen „Ja“ zu Kindern. Kinder sind für uns keine „Klimaschäden“, sondern Glück. Wir sind lebensbejahend, wir stehen der Abtreibung kritisch gegenüber, jedenfalls soweit sie aus sozialen Gründen erfolgt. Da gibt es aus unserer Sicht andere Wege.

Lassen Sie mich jetzt zu den Reibungspunkten kommen: Da würde ich sagen, spielt „Identität“ eine große Rolle. Wir sind die Partei der Identität, so würde ich es beschreiben. Wer sind wir? Wer wollen wir nicht sein? Das könnte zu Konflikten mit der evangelischen Kirche führen. Ich denke, das müsste es nicht. Weshalb sollten Differenzierungen per se menschenfeindlich oder kirchenfeindlich sein? Die Frage der Nächstenliebe wird oft angesprochen im Zusammenhang mit der AfD und ein Gegensatz konstruiert. Also für uns ist Nächstenliebe kein politisches Prinzip, auch kein staatliches Prinzip. Nächstenliebe ist eine moralische, individuelle Einstellung, eine Beziehung zu einzelnen Menschen. Ich glaube, da haben mittlerweile die großen Kirchen in Deutschland eine andere Tendenz. Hier sehe ich einen wichtigen Reibungspunkt.

Außerdem liegen wir wohl bei dem Begriff der Nation sehr weit auseinander. Ich denke, dass der Begriff der Nation in kirchlichen Kreisen oft ein Störgefühl auslöst, weil man darin eine Ausgrenzung anderer Menschen sieht. Dabei ist es das Natürlichste der Welt, dass sich Nationen zusammenfinden, über Jahrhunderte. Durch gemeinsames Erleben über Generationen bildet sich eine gemeinsame Empfindsamkeit und gegenseitige Empathie heraus. Klar ist das kein abgeschlossener Raum, es gibt Abflüsse und Einflüsse - aber es gibt Grenzen dafür, was eine Nation erträgt, ohne diese Empfindsamkeit zu verlieren, ohne diese Empathie-Fähigkeit untereinander zu verlieren und die daraus folgende Solidarität, auch untereinander.

Ich möchte jetzt auf die zweite Frage eingehen: Was ist aus Ihrer Sicht die aktuell größte Herausforderung für den Freistaat Thüringen? Und was für Erwartungen haben wir an die evangelischen Kirchen in Thüringen bei diesen Herausforderungen?

Bei der Erläuterung unserer Sicht auf die Herausforderungen versuche ich von der jüngeren Generation her zu denken: Wir stehen dafür, dass wir das Recht auf Heimat weiter gewährleisten wollen, mit allem was dazu gehört, mit allem, was wir als

heimatlich empfinden. Bei mir war das zum Beispiel die Erinnerung an Freibadbesuche im Sommer mit meinen Großeltern oder die Erinnerung an meine Schulzeit, wie sie ablief - aus meiner Sicht geordneter als heute. Ich denke an solche Freizeitbeschäftigungen wie zum Beispiel mit dem Motorrad oder mit dem Moped einfach so durch die Stadt zu fahren und Dinge zu erleben - das alles ist für mich Heimat - das will ich weiter erhalten! Ich will, dass junge Menschen ein Recht auf ein glückliches Leben haben. Ich bzw. meine Partei will nicht, dass ihnen das verwehrt wird oder dass sie gebeugten Hauptes gehen müssen wegen der Geschichte, die auf unserem Land lastet.

Ich bzw. unsere Partei möchte, dass man ein Recht auf Erfolg hat in diesem Land, als junger Mensch, auch als Mensch im Erwerbsleben, dass man nicht auf die Früchte des Erfolgs verzichten muss - zum Beispiel auf einen Urlaub, auf ein Haus, auf ein Auto - wie das heute „klimaschutzpolitisch“ begründet wird.

Ich möchte, dass die Leute diese Möglichkeiten weiter haben - gerade auch hier im Osten, wo es entsprechenden Nachholbedarf gibt. Ich möchte nicht, dass auf Kinder verzichtet wird wegen des Einkommens - das ist ein riesiges Problem bei uns im Land. Ich möchte auch nicht darauf verzichten, das zu sagen, was ich denke - weil jemand anderes das nicht möchte.

Ich habe zwei Kinder, einen Jungen, der ist jetzt 16 Jahre alt - ich möchte, dass er Chancengleichheit hat - die sehe ich derzeit nicht für ihn. Ich denke tatsächlich, dass, wenn man als Junge geboren wird, heutzutage sehr viele Widerstände überwinden muss, um die gleichen Chancen zu haben wie ein Mädchen oder auch Menschen, die über die sogenannte affirmative action, also über „positive Diskriminierung“ Vorteile erhalten. Denn mein Kind wird dafür benachteiligt. Das will ich nicht. Das ist nicht mein Anspruch an Gleichheit.

Ich will auf gar keinen Fall - und das ist ein Kernanliegen der AfD - dass die Leute darüber nachdenken, wohin sie auswandern sollen, wenn es noch schlimmer wird in unserem Land. Das ist ein großes Problem - gerade für Thüringen. Wir haben ja nicht nur das Problem, dass wir generell mit den Verhältnissen in Deutschland unzufrieden sind, sondern im Speziellen auch unzufrieden sind mit den Verhältnissen in Thüringen bzw. im Osten. Wir haben hier schwierigere Bedingungen als in westdeutschen Bundesländern.

Und mir liegt sehr daran, dass die Spaltung, der tiefe Graben in unserer Gesellschaft überwunden wird. Das ist eine Aufgabe für Jahrzehnte.

Wie gehen wir diese Aufgaben an? Ich denke, Sie kennen alle unsere Positionen: Wir wollen die Massmigration beenden. Sie betrifft vieles von dem, was ich gerade genannt habe. Menschen besuchen Freibäder nicht mehr, weil sie Angst vor Konflikten haben. Menschen gehen nicht in die Innenstadt – in Erfurt ist es jedenfalls so: Ab einer bestimmten Uhrzeit gehen Menschen nicht mehr auf den Anger und man schickt die Kinder nicht mehr dorthin, weil man Angst hat, dass sie Opfer werden. Ich denke, wir können das später noch vertiefen, das würde sonst jetzt zu umfangreich.

Meine Erwartungen an die evangelischen Kirchen?

Ich habe keine großen Erwartungen an Ihre Kirche. Ich denke, dass wir auf einem Tiefpunkt der Beziehungen angekommen sind. Ich sage Ihnen auch, warum:

Zwischen den evangelischen Kirchen und der AfD herrscht ein tiefer Graben. Heute gab es in den Nachrichten die Aussagen vom Präsidenten der Diakonie Deutschland, Herrn Schuch, dass AfD-Unterstützer nicht mehr in der Diakonie arbeiten sollen und dass diese Mitarbeiter sich auch nicht als Christen bezeichnen können sollen. Ich halte solche Aussagen für katastrophal.

Ich hätte daher Wünsche: Ich würde mir wünschen, dass so etwas nicht mehr stattfindet. Auch wenn ich mir die jüngsten Aussagen der Deutschen

Bischofskonferenz zur AfD anschau: Wir würden angeblich das christliche Menschenbild mit Füßen treten, wir würden programmatisch mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit arbeiten, gegen das Gebot der Nächstenliebe verstoßen und mit Hetzparolen den Geist der Gemeinschaft vergiften ...

So redet man über Feinde. So redet man über Feinde, die man zum absolut Bösen erklärt. Da wünsche ich mir, dass Sie uns mit denselben Maßstäben messen, mit denen Sie andere messen. Es gibt in allen Bereichen der Politik Aussagen – natürlich auch bei uns - die völlig inakzeptabel sind. Ich will jetzt keine großen Beispiele bringen; eines möge hier genügen. Letztes Jahr hat der Präsident des Verfassungsschutzes hier in Thüringen von 20 Prozent „Bodensatz“ in der Bundesrepublik gesprochen. Auf eine bestimmte politische Gruppierung war das zugeschnitten. Das können wir auch als „Hetzparole“ bezeichnen oder als ein „Vergiften der Gemeinschaft“. Das wurde nicht kritisiert - jedenfalls habe ich keine

öffentliche Kritik wahrgenommen. Ich könnte jetzt noch viele solche Beispiele nennen, Äußerungen, wo AfDler „in die Gaskammer geschickt“ werden sollen und weiteres, was unter die Gürtellinie geht. Ich nehme nicht wahr, dass bei solchen Äußerungen ähnlich scharf wie bei uns reagiert wird.

Ich würde mir wünschen: Messen Sie bitte mit denselben Maßstäben. Ich würde mich freuen, wenn man nicht nur darüber nachdenkt, ob man vor der AfD warnen muss, sondern auch darüber, ob man vor der Verteufelung der AfD warnen muss. Ich wünsche mir, dass versucht wird, die Spaltung zu überwinden, statt sie weiter zu vertiefen.

Ich könnte jetzt noch viel erzählen – doch ich will zur dritten Frage übergehen:

Welche Chancen und Herausforderungen sieht Ihre Partei für die verfassungsrechtlich garantierten Formate der positiven Religionsfreiheit?

Da sage ich offen: Ich sehe nicht viel Spielraum nach oben. Wir haben Religionsfreiheit – aber dort eine positive Tendenz zu erkennen, das dürfte in der jetzigen Situation schwer sein. Warum ist das so?

Na ja, vor 20 Jahren oder vielleicht noch vor 10 Jahren, da konnte man sagen, dass die positive Religionsfreiheit unumstritten war. Sie äußert sich ja in bestimmten Zeichen, beispielsweise an einem Kreuz in der Schule oder in einer Behörde, oder in der Anerkennung bestimmter Feiertage. Das war unumstritten, weil das in den Regionen so verankert war und weil es auch keine Konkurrenz gab, die nicht verankert war. Heute ist das aber anders: Nach neun Jahren Migrationskrise haben wir mittlerweile auch Regionen, in denen sich andere religiöse Überzeugungen zumindest als starke Minderheit verankert haben. Für alle gilt ja das Grundgesetz im gleichen Maße, was die Religionsfreiheit angeht. Alle Religionen können berechnete Ansprüche stellen. Das heißt auch: Wenn man den christlichen Kirchen, den christlichen Religionsgemeinschaften einräumt, noch mehr Gestaltungsfreiheit zu haben, noch mehr Freiraum zu bekommen, dann führt das dazu, dass von diesen neuen Religionen entsprechend auch gleichartige Ansprüche gestellt werden. Und die zu befriedigen, da tue ich mich schwer, diese neuen Religionen sind nicht so verankert in unserer Gesellschaft und sie führen zu erheblichen Konflikten. Sie haben vielleicht in dieser Woche auch „hart aber fair“ gesehen und die dortige

Diskussion zu der Demonstration, bei der ein Kalifatsstaat in Deutschland gefordert wurde. Da wurden von Teilnehmerinnen Positionen wiedergegeben in Bezug auf einen Kalifatsstaat, in Bezug auf die Scharia – da kann ich nachvollziehen, dass diese unter dem Blickwinkel der positiven Religionsfreiheit mit dem Christentum gleichziehen möchte. Doch aus gesellschaftlichen Gründen kann ich das nur ablehnen. Ich sehe jetzt schon ein Problem in bestimmten Regionen unseres Landes, nicht in Thüringen, aber im Westen. Da ist es teilweise so, dass Schüler vortäuschen, zum Islam übergetreten zu sein, damit sie ihre Ruhe haben an ihrer Schule. Da ist dann zu viel Freiraum gelassen worden aus meiner Sicht. Vielleicht kann man das Ganze noch besser erklären an Fragen der Kunstfreiheit. Das Christentum geht beispielsweise ganz anders um, viel konfliktfreier damit um, wenn es mal auf die Schippe genommen wird. Denken Sie an Jesusdarstellungen im Theater.

Demut: Das war früher auch im Christentum anders.

Möller: Okay, gut. Ja klar, es gab auch Aufregung, es gab Ärger. Ich hatte jetzt zur Vorbereitung einen Beitrag gelesen, da wurde berichtet, dass irgendwo auf einem Bahnhof ein Jesus-Bild auf den Boden gemalt wurde und die Leute liefen halt drüber. Na klar gab's da Aufregung – aber es gab keine Gewalt. Jetzt stellen Sie sich das mal mit Mohammed vor! Was wäre da los?

Positive Religionsfreiheit braucht heute Grenzen. Der Grund für die Schwierigkeiten mit der positiven Religionsfreiheit ist, dass infolge der Migration der letzten zehn Jahre vieles von dem, was sich bei uns über Jahrhunderte entwickelt hat, in Frage gestellt ist. Für die aktuellen Herausforderungen braucht es neue Antworten, die man in den 60er, den 70er, den 80er oder 90er Jahren noch hätte anders geben können. Soweit erst einmal mein Input zu Ihren Impulsfragen.

Demut:

Vielen Dank für Ihre Ausführungen. Da war Vieles dabei, worauf ich mich gut beziehen kann. Ich knüpfe an Ihre Unterscheidung zwischen „Gegnern“ oder „Feinden“ an. Es stellt eine zivilisatorische Leistung der Demokratie dar, dass wir uns in einem freiheitlich-pluralen Staat nicht mehr gegenseitig als Feinde behandeln. Die

Demokratie macht, wenn es gut läuft, aus Feinden Gegner. Da kann ich gut anknüpfen: apokalyptisches Schwarz-Weiß-Denken hat in der Politik nichts verloren.

Allerdings habe ich genau hier mit Blick auf Ihre Partei ein erhebliches Störgefühl. Wenn ich an die Programmatik der AfD und an das Auftreten viele ihrer Vertreter denke: Da begegnet mir gehäuft genau jener apokalyptische Thrill, solch eine endzeitliche Dringlichkeit: Ständig reden Sie von den bösen „Alt“-Parteien. Das heißt doch wohl: „Mit uns zieht die *neue* Zeit!“ Das ist eine klassische apokalyptische Figur! Regelmäßig begegnet bei Ihnen die Verächtlichmachung von bestehenden Formaten und Institutionen unserer Gesellschaft oder unseres Staates.

Sie haben mir freundlicherweise den Entwurf Ihres Wahlprogramms für Ihren Landesparteitag letztes Wochenende in Pfiffelbach vorab zur Kenntnis gegeben. Ich habe gestern in der Zeitung gelesen, dass dieser Entwurf - ohne große Aussprache und nur mit wenigen Änderungsanträgen - so beschlossen wurde von ihrem Parteitag. So kann ich davon ausgehen, dass ich im Prinzip den Wortlaut Ihres Wahlprogramms für die Landtagswahl am 1. September kenne.

In Ihrem Wahlprogramm begegnet mir regelmäßig die Diktion einer Verächtlichmachung von Institutionen, Gremien und Formaten: Sie sprechen von der „sogenannten“ Härtefallkommission, von der „sogenannten“ Zivilgesellschaft ... Immer wenn ich „sogenannt“ vor mein Gegenüber rücke, mache ich es verächtlich. Das ist jetzt kein christliches Argument. Doch auch das will ich sagen: Diese Verächtlichmachung des Bestehenden scheint mir nicht konservativ zu sein. Konservative sind für mich Menschen, die mit großer Behutsamkeit an das Vorfindliche herangehen. Konservative denken lieber dreimal darüber nach, ob sie Bestehendes über den Haufen werfen. Konservative wollen sehr behutsam das Vorfindliche weiterentwickeln.

Bei Ihrer Partei begegnet mir da regelmäßig eine andere Diktion, eben solch ein apokalyptischer Anspruch.

Wir haben ja verabredet, dass Sie zunächst länger sprechen zu meinen drei Leitfragen – und jetzt möchte ich gern einen etwas längeren Bogen schlagen. Dabei habe ich zwei verschiedene Kategorien von kritischen Rückfragen. Eine Kategorie sind Fragen, die sich von fundamental religiösen und christlichen Motiven speisen. Wir Christen glauben an Gott, wir glauben an die Auferstehung, wir

lesen in der Bibel und das gibt uns Orientierung. Bei Fragen, die sich aus dieser christlichen Begründung speisen, kann ich gut nachvollziehen, dass Ihnen diese Gründe nicht einleuchten müssen. Doch Sie haben sich dankenswerterweise auf dieses Gespräch eingelassen - das müssen Sie jetzt aushalten, dass ich jetzt auch von dezidiert christlicher Position aus die Programmatik Ihrer Partei hart kritisiere.

Daneben habe ich noch eine zweite Kategorie von Rückfragen. Es war die große Stärke der christlichen Religion, schon von der Antike her und vom Mittelalter her bis in die Neuzeit hinein, dass wir immer versucht haben, christliche Argumente so zu plausibilisieren, dass sie allen wohlmeinenden und rational nachdenklichen Menschen einleuchten müssten – auch Menschen, die nicht an Gott glauben. Es war immer der Anspruch: Wenn etwas allgemein menschlich ist, kann es nicht unchristlich sein.

Auch aus dieser Perspektive habe ich mir die Programmatik Ihrer Partei angeschaut. Ich habe Ihr aktuelles Wahlprogramm gelesen, dazu das Grundsatz-Programm Ihrer Partei von 2016.

Für diese Texte habe ich eine Kritik-Figur, die würde ich mal so beschreiben: Da schau ich genau hin und frage mich: Was ist der Selbstanspruch der AfD? Und wo erscheint mir in diesen Texten die Argumentation als in sich inkonsistent? Ich bin da auf einiges Kritikwürdiges gestoßen, was auch Ihnen einleuchten müsste, wenn Sie Ihren eigenen Selbstanspruch ernst nehmen.

Ein Stichwort habe ich schon genannt: Es erscheint mir vieles nicht konservativ bei der AfD. Das ist in jedem Fall eine wichtige Kritik für mich – wenn ich die AfD bei ihren eigenen Worten nehme.

Doch zunächst die Kritik aus einer explizit christlichen Perspektive. Um das ein wenig auszuführen, möchte ich eine Geschichte aus dem Neuen Testament erzählen. Ich wette, dass Sie nicht vermuten, dass diese in der Bibel steht. Lesen Sie es nach: Matthäusevangelium, Kapitel 15, Verse 21 bis 28.

Jesus läuft durch Galiläa, im Norden Israels. Das war ein Landstrich mit einer klassischen Mischbevölkerung. Da gab es Dörfer, da lebten nur Juden – und in anderen Ortschaften dort lebten Kanaanäer und Syro-Phönizier mit Juden zusammen. Mal ging dieses Zusammenleben gut, mal gab es Stress. Manchmal

fühlten sich die einen über die anderen erhaben – uns allen steht gut vor Augen, was da alles gut gehen oder schief laufen kann.

Also: Jesus läuft durch Galiläa und eine Frau kommt zu ihm und bittet ihn um Hilfe für ihre kranke Tochter. Jesus sieht auf einen Blick: Die Frau ist keine Jüdin, sie gehört nicht zu unserem Volk. Die Frau fleht ihn an: Bitte sprich ein Wort, damit meiner Tochter geholfen wird.

Jesus reagiert für uns verstörend. Er antwortet der Frau: „Ich bin nur zum Volk Israel geschickt, ich bin nur für meine eigenen Leute da. Ich helfe dir nicht.“ Und dann überliefert die Bibel einen rassistischen Spruch im Mund des Jesus von Nazareth. Bitte lesen Sie es nach, wenn Sie das nicht glauben.

Jesus von Nazareth sagt zu dieser Frau: „Es ist nicht recht, dass man das Brot von den Tisch der Kinder wegnimmt es den Hunden hinwerfe.“

Es ist offensichtlich: Mit den „Kinder“ sind die eigenen Leute gemeint und mit den „Hunden“ die Ausländer. Uns stock der Atem ...

Doch diese ausländische Frau lässt nicht locker. Ich finde das beeindruckend. Ich bewundere diese Frau - dass sie nicht einknickt, dass sie nicht klein beigibt, sie gibt ihrer Kränkung keinen Raum. Sie nimmt das rassistische Argument auf und sagt: „Okay, Meister – doch das, was vom Tisch der Kinder runterfällt, davon sollten doch auch die Hunde satt werden können.“

Und Jesus gibt sich geschlagen. Er sagt: „Na gut, du hast mich überredet. Gehe heim und du wirst dort deine Tochter gesund vorfinden.“

Es ist die Größe des Neuen Testaments, dass sie solch eine im Grunde rassistische Geschichte überliefert vom Gründungsmeister unserer Religion und die damit verbundene Botschaft ist offensichtlich:

Auch bei uns Christen – und sogar bei unserem Gründer Jesus – gibt es eine durchaus mühsame Lerngeschichte weg von der Fixierung auf die eigenen Leute - hin zu einer Öffnung für die „Fremden“, für die „Anderen“.

Damit steht diese Geschichte aus dem Matthäusevangelium nicht allein im Neuen Testament. Lesen Sie den Galaterbrief im NT: Dort wird von einem harten Konflikt des Apostel Paulus mit dem Apostel Petrus erzählt, der sich um genau diese Frage drehte: Sind getaufte Christen, die ethnisch Griechen sind oder Ägypter – und keine geborenen Juden – vollgültige Christen: Ja oder Nein?

Petrus war da skeptisch und sprach sich dafür aus, dass ein Grieche oder Ägypter sich noch beschneiden lassen müsse – also Jude werden müsse! – um vollgültig „Christ“ sein zu können.

Paulus widersprach vehement: „In Christus seid ihr nicht mehr Jude oder Grieche, Sklave oder Freier, Mann oder Frau – ihr seid eins durch Jesus Christus!“ Lesen Sie es nach: Galaterbrief, Kapitel 3 Vers 28.

Paulus streitet vehement für eine universale Öffnung der urchristlichen Gemeinde für alle Menschen – unabhängig von ihrem ethnischen oder sozialen Status. Dieser Universalismus gehört zur DNA des Christentums.

Wohl wahr: Dies zu akzeptieren war auch innerkirchlich eine mehr als mühsame Lerngeschichte – angefangen bei Jesus selbst. Diese pointierte Geschichte und das gesamte Neue Testament reden sich den Mund fusselig: Nation, Volk und die eigene Gruppe sind keine letzten Größe mehr.

Nehmen Sie noch ein Beispiel, das ich faszinierend finde: Genesis 1, die Schöpfungsgeschichte, die uns das Volk Israel überliefert hat. Es heißt dort *nicht*: „Und Gott schuf den Israeliten zu seinem Bilde“ – tatsächlich heißt es dort: „Gott schuf *den Menschen* zu seinem Bilde“. Die Tragweite dieser Aussage für die Antike können wir kaum ermessen, da die Menschen damals natürlich in ihre eigene Gruppe viel stärker eingebunden waren als wir heute.

Sie können das Ganze auch einmal evolutionstheoretisch betrachten:

Dass Menschen in Krisenzeiten enger zusammenrücken, sich abschotten gegen Fremdes und Fremde, wenn es ihnen zu viel wird, steckt uns ganz tief in den Genen. Dieses Phänomen würde ich auch nicht moralisch diskreditieren. Dieser Reflex hat geholfen für das Überleben unserer Spezies.

Doch Gott sei Dank gibt es daneben auch die andere evolutionstheoretische Linie, die man so beschreiben kann:

Wir haben auch deswegen überlebt, weil wir angefangen haben zu kooperieren, weil wir nicht bei der Fixierung auf den inner circle, auf die eigene Gruppe geblieben sind. Beides muss sich in Balance bewegen.

Die Menschheit hat Gott sei Dank viel dazugelernt und dafür mitverantwortlich waren solche Geschichten, in denen diese harte Abschottung überwunden wird.

Doch wenn ich dann lese, was die „Christen in der AfD“ im Februar diesen Jahres in einem offenen Brief an die Bischöfe der katholischen Deutschen Bischofskonferenz verlautbart haben ...

Die Bischöfe hatten einstimmig (!) eine Erklärung verabschiedet, in der sie „völkischen Nationalismus als unvereinbar mit dem Christentum“ bezeichnen und auch die AfD beim Namen nennen.

Sie können das im Internet gut finden – und auch den Protest der „Christen in der AfD“ mit ihrem Offenen Brief gegen das Bischofswort können Sie im Internet schnell finden.

Das Hauptargument der Bischöfe lautet: Die AfD hat im Grunde die Systematik unseres Grundgesetzes nicht verstanden. Unser Grundgesetz und das dem nachgeordnete Staatsbürgerschaftsrecht sagt ganz eindeutig, dass man Angehöriger des deutschen Staatsvolks nicht nur durch Geburt, durch biologische Abstammung werden kann, sondern auch durch Einbürgerung.

Die Griechen haben die Demokratie erfunden. Und in der griechischen Sprache gibt es zwei verschiedene Wörter für „Volk“: „demos“ und „ethnos“

„Ethnos“ beschreibt eine Vorstellung von „Volk“, die rein auf biologische Abstammung zielt. „Demos“ dagegen ist die Gruppe, die in der „Demo-Kratie“ tatsächlich herrscht – das Staatsvolk. Und das sind nach unserem Grundgesetz und unserem Staatsbürgerschaftsrecht alle Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit – auch diejenigen darunter, die keine ethnischen Großeltern in Mecklenburg oder in Thüringen haben.

Und was lese ich dann im Offenen Brief der „Christen in der AfD“, in ihrem Widerspruch gegen das Wort der Bischöfe?

Die „Christen in der AfD“ reden von, ich zitiere: „von ... unterschiedliche[n], voneinander getrennte[n] Völker[n] als Abstammungs- und Blutgemeinschaft, wie Sie [nämlich die Bischöfe] das in Frage stellen, geht zunächst einmal der christliche Schöpfergott der Bibel als dessen Schöpfung aus.“

Die „Christen in der AfD kennen den Paulus nicht, sie sprechen wie die „Deutschen Christen“ in den 1930er Jahren – damals war auch die Rede vom „Volk“ als einer „Schicksals- und Blutgemeinschaft“, vom „Schöpfergott zusammenschweiß“.

Wissen Sie, was hier geschieht? Das Evangelium von Jesus Christus wird neuheidnisch umgedeutet.

Ich halte das für eine zentrale Konfliktlinie zwischen dem christlichen Glauben und der Programmatik der AfD.

Ich gehe zu einem weiteren Kritikpunkt aus christlicher Perspektive an Ihre Partei und deren Kommunikation:

Wer Christ ist, glaubt daran, dass Gott ihn oder sie trägt. Wer an Gott glaubt, ist von einer großen Zuversicht getragen. „Du Gott hast mich wunderbar gemacht – von Mutterleibe an hast du mich begleitet.“ heißt es zum Beispiel in den Psalmen.

Wir glauben an Jesus Christus, der mit seiner Auferstehung den Tod überwunden hat. Kein Tod, kein Teufel, keine Sünde kann uns etwas anhaben. Trotz und in aller Krisen trägt eine große Zuversicht unser Leben.

Diese Grundstimmung möchte ich kontrastieren mit dem Eindruck, den die AfD ständig verbreitet. Sie kennen den Begriff „German Angst“. Im angelsächsischen Raum macht man sich damit über Deutschland lustig. Aus welchen Gründen auch immer werden viele Deutsche von irrationalen Ängsten geplagt. Woher das rührt, können wir heute Abend nicht ergründen, es würde zu weit führen, dem einmal nachzudenken. Nur kurz: Meine These wäre, dass das auch mit der Säkularisierung zu tun hat. Wenn immer weniger Menschen an diesen Gott glauben, der uns trägt, liegt es nahe, dass diese Menschen dann vor allem möglichen Angst haben.

Nun zum Kontrastprogramm der AfD: Das Letzte, was die AfD tut, ist, ein wenig Zuversicht zu verbreiten. Im Gegenteil: Die AfD bewirtschaftet ständig Ängste, sie schürt Ängste. Sie ist eine Meisterin darin, Angst-Energien der Menschen auf die Mühlen ihrer Zustimmungswerte zu leiten.

Und damit habe ich als Christ ein Problem. Das entspricht nicht einem christlichen Zugang zu Problemen in der Gesellschaft.

Völlig klar: In einer freien und pluralen Gesellschaft kann jede und jeder Probleme nüchtern ansprechen. Real existierende Schwierigkeiten müssen offen thematisiert werden. Bei der Migration. Beim Umgang mit dem Klimawandel. Bei den Fragen von Frieden und Krieg. Doch das Ganze bitte ohne Dämonisierungen und apokalyptische Panikmache. Apokalyptik ist in der Politik niemals hilfreich.

Probleme nüchtern ansprechen und bearbeiten – ja! Panik schüren – nein! Wir müssen doch den Wald vor lauter Bäumen noch sehen!

Ich gebe Ihnen ein Beispiel für meine These, dass die Wahrnehmung auf vorhandene Probleme in Deutschland völlig irrational verzerrt ist.

Ich war Gemeindepfarrer in Ronneburg, von 2006 bis 2013 – also weit vor 2015, als viele Menschen aus dem Nahen Osten in unserem Land aufgenommen wurden.

Wie man es so macht als Gemeindepfarrer, habe ich Gemeindeglieder besucht. Viele von ihnen haben bei der Wismut im Bergbau gearbeitet und hatten eine guten Rente. Zwei oder dreimal im Jahr fuhren sie irgendwohin in die Welt in den Urlaub. Den Wohnungsausstattungen sah man an, dass kein Geldmangel herrscht.

Und wissen Sie was? Nach dem Besuch habe ich mich regelmäßig gefühlt, als hätte ich Gemeindeglieder in einem afrikanischen Elendsviertel besucht. „Herr Pfarrer, was soll bloß werden? Alles wird immer schlimmer in unserer Welt! Die vielen Probleme! Die vielen Ausländer ...!“

Ich war aber nicht in einer Gemeinde im Südsudan unterwegs, sondern bei wohlhabenden Menschen in Ostthüringen! Im Jahr 2010!

Jetzt zur AfD zurück: Eine Partei, die nur Ängste schürt und bewirtschaftet, finde ich nicht hilfreich für die Lösung realer Probleme unseres geliebten deutschen Vaterlandes.

Noch ein letzter Punkt, ehe Sie Gelegenheit haben, noch einmal zu reagieren. Die Bewahrung der Schöpfung ist für uns Christen ein sehr wichtiges Feld. Und da habe ich im Thüringer Landtag mit eigenen Ohren aus dem Mund Ihres Fraktionsvorsitzenden hören können, dass der menschengemachte Klimawandel nur ein Schwindel sei, eine unbewiesene Hypothese – und dass es in Wirklichkeit darum gehe, uns mit dieser Lüge in die Hände des internationalen Finanzkapitalismus zu treiben.

Nun lese ich im Entwurf Ihres Wahlprogramm, auf Seite 61 des Exemplars, dass Sie mir zur Verfügung gestellt hatten, heißt es unter der Überschrift „Dem Klimawandel klug begegnen“: „selbstverständlich unterstützen wir auch die Erforschung und Weiterentwicklung von Technologien, die einen vernünftigen Umgang mit dem Klimawandel ermöglichen“

Was gilt denn nun? Hält Ihre Partei den menschengemachten Klimawandel für eine unbewiesene Hypothese – oder plädieren Sie für eine möglichst kluge Strategie im Umgang mit dieser gewaltigen Herausforderung?!

Nach meiner Wahrnehmung aus vielen Gesprächen mit Menschen, die Ihre Partei wählen, sind Ihre Vorschläge zu den Mega-Themen „Migration“ und „Klimawandel“ für viele Menschen deshalb so attraktiv, weil die AfD den vollkommen irrigen Eindruck erweckt, man könne einfach mit einer „Rolle rückwärts“ in die vermeintlich „gute alte Zeit“ diese großen Fragen „bearbeiten“.

Solch eine Sehnsucht nach den früher angeblich besseren Zeiten kann ich menschlich sogar nachvollziehen – doch sich davon politisch leiten zu lassen, verschärft die Probleme unnötig.

Ich finde die Passage in Ihrem Wahlprogramm deshalb so bemerkenswert, weil ich von Ihrer Partei sonst eher Töne vernehmen, die ich nur als Leugnung des menschengemachten Klimawandels interpretieren kann. Und das kommt mir so ähnlich vor, wie wenn jemand noch im 18. oder 19. Jahrhundert geleugnet hätte, dass die Erde eine Kugel ist.

Es ist mir bewusst, dass ich als Kirchenmensch bei diesem Vergleich im Glashaussitze. Bekannterweise haben die Kirchen lange noch behauptet, dass die Erde eine Scheibe ist und sich die Sonne um uns dreht.

Die „Gründe“ dafür wirken plausibel: Wer auf dem Erdboden steht und bis zum Horizont schaut, bekommt den Eindruck: „Die Erde ist flach wie eine Scheibe, ich sehe hier nirgendwo eine Kugel.“

So ähnlich erscheint es mir, wenn Menschen im Jahr 2024 – nach über 40 Jahren weltweiter Forschung zu den Folgen der CO²-Einlagerungen in die Erdatmosphäre - die menschengemachte Klimaerwärmung immer noch in Zweifel ziehen.

Dass Ihre Partei mit ihrer kommunikativen Strategie auf genau diese Klimawandel-Leugner zielt, ist für mich einer der Haupt-Kritikpunkte an der AfD.

Ich hätte noch Vieles. Doch auch habe jetzt länger geredet – ich setze einen Punkt und möchte Ihnen die Gelegenheit geben, noch einmal zu reagieren. Ich denke, ich habe Ihnen genügend kritische Rückfragen an die Programmatik Ihrer Partei geboten.

Stefan Möller:

Das stimmt. Wo fange ich an? Ich fange mal mit der Angst an, mit dem „Geschäftsmodell Angst“.

Ich gebe Ihnen Recht: Unsere Politik ist ausgerichtet an Ängsten. Aber nicht aus Kalkül. Die Angst haben wir selbst tatsächlich, diese Angst habe ich selbst.

Ich gebe Ihnen ein Beispiel. Als 2015 die Migrationskrise losging und die Grenzen nicht geschlossen wurden, habe ich die Bilder gesehen, was da an der ungarischen Grenze passierte. Das war damals eine geschlossene Grenze und die Menschen versuchten, nach Ungarn zu gelangen und aus Ungarn sind sie dann in Zügen nach Deutschland gefahren worden. Was ich dort gesehen habe: Die Zustände waren

extrem gewalttätig. Und diese Gewalt wollte ich nicht auf unseren Straßen. Diese Aggressionen - ich hatte damals Angst.

Wir haben dann diese Mittwoch-Demos organisiert – Sie erinnern sich vielleicht daran. Das wurde ja dann sehr kontrovers diskutiert. Ich war die treibende Kraft für diese Demonstrationen immer mittwochs – weil ich nicht mehr schlafen konnte. Und das ging offensichtlich nicht nur mir so. Deswegen haben wir ja am Anfang diese Erfolge gehabt mit diesen Mittwoch-Demos.

Ja – unser Erfolg hat damit zu tun, dass die Umstände, in denen wir leben und die Politik, die wir bekämpfen, uns und unseren Wählern Angst macht. Ich glaube, deswegen sind wir auch so authentisch und werden von unseren Wählern auch als authentisch wahrgenommen - weil wir dasselbe empfinden wie sie.

Auf der anderen Seite würde ich sagen: Mit Angst Politik machen ist keine Spezialität der AfD. Angst vor dem Klimawandel, Angst vor Corona. Wer sich ein bisschen mit der Genese der Corona-Politik auseinandersetzt - es gibt das sogenannte „Schock-Papier“. Das heißt nicht ohne Grund so. Ich habe das Zitat nicht wörtlich parat, aber Karl Lauterbach äußerte sich sinngemäß: Wer nicht geimpft ist, wird bald entweder geimpft, genesen oder leider verstorben sein. In der Corona-Zeit wurde massiv mit Angst gearbeitet: Wer sich nicht impfen lässt, gefährdet seine Oma, ist daran schuld, wenn die Oma stirbt. Hier wurde nicht nur Angst geschürt – hier wurde perfide manipuliert: Wer will schon, dass die geliebte Oma wegen des eigenen vermeintlichen Fehlverhaltens stirbt?

Ich glaube, das ist der Punkt, auf den es in der Politik ankommt. Man darf durchaus Ängste haben als Politiker und diese Ängste auch zum Antrieb für die eigene Politik machen. Was man um Gottes Willen niemals machen sollte ist, mit dem Schüren von Ängsten Menschen zu manipulieren. Das könnte ich mit meinem Politikverständnis nicht vereinbaren. Menschen etwas vorzumachen, um ihnen Ängste einzujagen und um sie damit manipulierbar zu machen – das lehne ich ab.

Lassen Sie mich jetzt zur Frage nach der Nation und dem Volksbegriff kommen. Auch das hatten Sie ja angesprochen.

Ich kenne die Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz nicht. Aber auch die AfD kennt ganz klassisch die Unterscheidung zwischen Staatsbürgerschaft und ethnischen Volk, ethnischen Völkern oder Gemeinschaften, Volksgemeinschaften.

Soweit ich weiß, haben die Sorben kein eigenes Land – sie sind aber ein Volk. Die Kurden haben kein eigenes Land, haben keine Staatsbürgerschaft – sie sind aber ein Volk. Also: Für den Verfassungsschutz gibt es kein Volk jenseits der Staatsbürgerschaft. Mit dieser Argumentation des Verfassungsschutzes gäbe es keine Kurden. Und das ist genau der Punkt. Die AfD sagt: Es gibt die Staatsbürgerschaft auf der einen Seite und diese setzt sich im Jahr 2024 natürlich aus Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft zusammen, aus Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft. Da gehören Menschen arabischer Herkunft zum deutschen Staatsvolk, Menschen aus verschiedenen europäischen Völkern und es gibt natürlich viele Menschen mit ethnisch deutschem Hintergrund. Man muss schon genau wissen, wovon man spricht, wenn man „deutsches Volk“ sagt. Ich verweise dazu auch auf das Bundesvertriebenengesetz oder auch auf das Grundgesetz Artikel 116. Sie haben ein Exemplar mitgebracht, bitte lesen Sie es doch mal vor.

Demut:

„Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.“

Möller:

Sehen Sie: Auch das Grundgesetz kennt natürlich eine „deutsche Volkszugehörigkeit“. Die kann man auf dumme Art definieren - dann würde man vom „Blut“ reden. Das halte ich für falsch. Bei dieser Frage hat die AfD in den letzten zehn Jahren große kommunikative Fehler gemacht. Das räume ich ohne Weiteres ein. Vieles von dem, was wir hier gesagt haben, und auch, wie wir es gesagt haben, war falsch. Doch dass es ein ethnisch deutsches Volk gibt, ist ein unumstößlicher Fakt. Und auch die Kirchen organisieren sich meines Wissens nach wie vor nationalstaatlich. Es gibt die „Deutsche“ Bischofskonferenz.

Demut:

Die Taufe ist universal. Das ist etwas Besonderes. Überall auf der Welt – wenn Sie als Getaufter einen anderen Getauften treffen, dann wissen Sie, dass Sie zur selben Community gehören – egal, welcher Ethnie sie angehören.

Möller:

Doch so ganz aufgeräumt mit der nationalen Anbindung haben Sie dennoch nicht! Und weiter. Die Erzählung aus der Bibel, von der Sie uns berichtet haben – da hätte ich tatsächlich nicht gedacht, dass diese Geschichte im Neuen Testament steht. Doch was sagt sie denn aus? Dass es eben auf Gemeinsamkeit ankommt, wenn ich Solidarität verlange. Und zugleich erzählt diese Geschichte, dass ich bereit sein muss, für Fremde etwas zu opfern, wenn ich Mensch bleiben will.

Demut:

Stimmt. Die Pointe ist ja: Die Frau bringt Jesus bei, dass sie beide etwas davon haben, wenn er ihr hilft.

Möller:

Genau. Und ich würde sagen: Die Frage lautet: Wie groß muss das Sonderopfer sein? Und wer hat es zu verordnen? Hat es der Staat anzuordnen oder muss es aus mir kommen? Ich bin der Meinung, und das ist auch die Position der AfD, dass das eine individuelle Frage ist. Wie weit gehe ich? Wie weit bin ich zum Sonderopfer bereit? Wir lehnen das nicht ab. Sie werden in jeder Programmatik, auch im Grundsatzprogramm der AfD die Aussage finden, dass wir Entwicklungshilfe leisten wollen, dass wir bei Nöten entsprechend unterstützen wollen.

Aber auch der barmherzige Samariter hat nicht gesagt: Liebes Opfer, komm mit zu mir nach Hause. Sondern er hat den Mann in eine Herberge gebracht und dort noch Geld für ihn hinterlegt. Auch da gab es Grenzen.

Ich denke: Die Stärke der Opferbereitschaft für einen anderen Menschen hängt von der Gemeinsamkeit und von der Empathie-Fähigkeit ab.

Etwas möchte ich noch sagen zur Ihrer Kritik an der AfD als nur vermeintlich konservativer Partei. Ich glaube, die AfD ist sehr vielfältig – und wir sind sicher keine rein konservative Partei. Es stimmt zwar: Viele von uns sehen sich als konservativ. Doch es gibt auch viele bei uns, die sehen sich als ausgesprochen libertär. Und es

gibt Menschen, die sagen: Ich bin nicht rechtsextrem oder rechtsradikal – aber ich bin rechts. Ich glaube, man kann die AfD nicht mit dem Begriff „konservativ“ fassen – da haben Sie durchaus recht.

Demut:

Ich bringe Ihnen jetzt noch ein paar Zitate aus Ihrem Wahlprogramm, damit wir möglichst präzise und konkret sprechen.

Sie wollen laut Ihres Wahlprogramm die „Behandlung von nicht anerkannten oder abgelehnten Asylbewerbern auf eine angemessene Notfallversorgung reduzieren“. Ich halte das für ein Beispiel für eine Ungleichheits-Ideologie, die Ihre Partei propagiert. Wer entscheidet, was „angemessen“ ist?!

Ein Mensch ist ein Mensch und eine Krankheit ist eine Krankheit.

Die Aussage Ihres Wahlprogramms steht auch im Konflikt zu dem, was Sie vorhin in Ihrem Eingangs-Statement zur Menschenwürde gesagt haben.

Weiter Zitat Ihr Wahlprogramm: „Auch die Diskussion, ob der individuelle Rechtsanspruch auf Asyl noch zeitgemäß ist, darf kein Tabu sein“.

Hier ist, nebenbei gesagt, wieder so ein interner Widerspruch zu dem, was die „Christen in der AfD“ verlautbaren, die sich immerhin „für das hohe Gut des Asylrechts“ aussprechen und die Notwendigkeit betonen, es zu schützen.

Bei der Thüringer AfD nehme ich das anders wahr. Sie wollen die Härtefallkommission abschaffen. Sie reden bei der eingeführten Bezahl-Karte für Asylbewerber von einer „Mogelpackung“, da die Menschen hier auch weiterhin noch 150 bis 180 Euro Taschengeld bekommen. Geht es noch?! Sie sind doch die Partei der Verteidigung des Bargelds! Über Bargeld zu verfügen hat natürlich etwas mit der Menschenwürde zu tun!

Sind alle diese Forderungen in Ihrem Wahlprogramm drin geblieben?

Möller:

Das mit der Notfallversorgung habe ich sogar reingeschrieben ins Wahlprogramm. Das war die Rechtslage vor dem Regierungswechsel in Thüringen 2014. Da hatten wir einen Anspruch auf Notversorgung. Der ist verfassungsrechtlich abgesichert. Jedem Menschen, der von einem Blinddarmdurchbruch bedroht ist, wird natürlich

geholfen. Jede akute Krankheit muss behandelt werden. Da sagt niemand: Du hast nicht eingezahlt, dir helfen wir nicht.

Doch wir grenzen uns ab von der derzeitigen Rechtslage, bei der ca. 20 Millionen Euro jährlich dafür aufgebracht werden, dass ein Asylbewerber, der nie in unsere Krankenversicherung eingezahlt hat, dasselbe Leistungsniveau erhält wie ein gesetzlich Versicherter. Ich sage Ihnen: Das ist nicht gerecht. Ich erkläre Ihnen auch, weshalb ich das für ungerecht halte.

Nehmen Sie ein Beispiel: Am Wochenende hat mir mein Schwiegervater erzählt, dass er jetzt die Anerkennung für 50% Schwerhörigkeit hat. Und was bringt ihm das, habe ich ihn gefragt. Okay, zwei Drittel der GEZ wird ihm erlassen. Zugleich bekommt er keine besseren Hörgeräte. Er muss, wenn er ein ordentliches Hörgerät haben will, trotzdem drei-, viertausend Euro zuzahlen. Jahrzehntlang hat er eingezahlt und beigetragen, dieses Gesundheitsversorgungssystem aufrecht zu erhalten.

Ein anderes Beispiel: Jemand kommt hierher, zum Beispiel aus Albanien und bekommt den Zahnstatus saniert. Bei einem sehr schlechten Zahnstatus kann das schnell mal zehntausend Euro kosten.

Ist das ein Gebot der Menschenwürde? Ich würde sagen: Nein. Und da bleibe ich auch dabei. Unser Krankenversicherungssystem setzt Solidarität im hohen Maße voraus, setzt die Bereitschaft voraus, gegebenenfalls mehr einzuzahlen als zurückzubekommen. Wenn diese Solidarität gefährdet wird, weil die Akzeptanz schwindet für das, was mit dem eingezahlten Geld geschieht – dann bekommt man ein ernsthaftes Problem. Nach meinem Eindruck ist diese Solidarität und diese Akzeptanz besonders in Ostdeutschland massiv unter Druck.

Demut:

Die Zeit ist weit vorangeschritten, wir haben jetzt schon länger gesprochen als ursprünglich geplant. Wir werden gleich das Diktiergerät ausschalten und dann wird Superintendent Mattenklodt wie verabredet noch Rückfragen aus dem Publikum moderieren.

Ein kritisches Argument der AfD gegenüber ist mir besonders wichtig, das möchte ich gern noch an dieser Stelle kurz ausführen. Es geht nochmal auf die Meta-Ebene, ist aber zugleich mit dem verbunden, was wir eben zur medizinischen Versorgung von Geflüchteten kontrovers diskutiert haben.

Wichtig ist mir, dass meine kritische Rückfrage an den Selbstanspruch, an die Identität der AfD anknüpft.

Also: In Ihrem Grundsatzprogramm behauptet die AfD, sie sei die wahre Verteidigerin des Grundgesetzes.

Meine Gegenthese dazu lautet, gespeist aus vielem, was ich so wahrnehme – zuletzt wieder in diesem Offenen Brief der „Christen in der AfD“:

Ihre Partei hat das Konzept unseres Grundgesetzes nicht verstanden!

Ich will das gern noch kurz erläutern:

Ihre Partei meint, die Mütter und Väter des Grundgesetzes 1949 hätten damals gesagt: Okay, wir beschließen jetzt die Unantastbarkeit der Menschenwürde – doch wir machen einen Vorbehalt und sagen: Vielleicht in 20 Jahren, falls es einen Wirtschaftsaufschwung gibt, falls die Kassen dann voll sein werden, falls dann alle anderen Probleme geklärt sein sollten – *dann* tritt auch die Unantastbarkeit der Menschenwürde in volle Geltung.

Doch, Sie wissen es so gut wie ich: So war es nicht. 1949 wurde dieses Grundgesetz in den drei westlichen Besatzungszonen in Kraft gesetzt - als das Land in Trümmern lag, als viele Menschen hungerten und froren, wurde feierlich proklamiert: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Punkt. Und diese Menschenwürde bindet alle staatliche Gewalt, alles staatliche Handeln muss sich vor dem Forum der Unantastbarkeit der Menschenwürde verantworten!

Die Position, die mir von Ihrer Partei entgegenkommt, klingt für mich genau andersherum. Die Botschaft der AfD lautet: Wenn die Kassen voll wären, wenn wir keine sonstigen Probleme hätten – dann könnten wir gönnerhaft auch mal die Unantastbarkeit der Menschenwürde gelten lassen.

Wer so argumentiert, hat die Systematik unseres Grundgesetzes nicht verstanden. So weit mal bis hierhin zwischen uns. Ich danke Ihnen für den kontroversen Austausch! Ich danke allen Anwesenden, dass sie bis hierhin geduldig zugehört haben. Ich bin sicher, dass auch Sie hier im Raum noch Fragen an Herrn Möller haben werden.